

Die Regierungsparteien haben sich auf ein Gesetzespaket beim Thema Kinderschutz und Strafen für Sexualstraftäter geeinigt. Wir berichten über die wichtigsten Punkte und fragen nach bei Strafrechtsprof. Alois Birkelbauer.

Am Vormittag hat Verteidigungsministerin Claudia Tanna die Entscheidung offiziell bekanntgegeben,

es wird neue Transportflugzeuge für das Bundesheer geben, sie kommen vom brasilianischen Hersteller Embraer und werden die alten Herkulesmaschinen ersetzen. Das wirtschaftliche Umfeld ist in Österreich derzeit nicht besonders rosig, dementsprechend steigen auch die Insolvenzen,

dazu erwarten wir Karl-Heinz Götze vom Kritikerschutzverband im Studium. Und in Großbritannien streikt heute das gesamte ärztliche Personal in den Spitälern gemeinsam so etwas ist noch nie da gewesen, Jörg Winter berichtet über diesen Streik aus London. Die Wettausichten hat Daniel Schlager. Überwiegend Sonnig geht es heute nachmittag weiter und mit 20 bis 28 Grad neuerlich viel

zu warm für die Jahreszeit. 23 Grad sind es bereits in Eisenstadt, Wien und Graz, St. Bölten und Salzburg melden 21 und Linz, Klagenfurt, Innsbruck und Bregenz 20 Grad.

Ungetrübt ist es aber nicht überall. Der Ausläufer eines Tiefes über dem westlichen Mittelmeer schickt vor allem dem Süden Österreich ein paar Wolken, in und rund um Kärnten sind auch einzelne Regenschauer nicht ganz ausgeschlossen. Dazu weht auf manchen bergenkraftiger Südwind

und auch in den Niederungen kommt allmählich mäßiger bis lebhafter Wind aus Süd bis Ost auf. Spätsommerlichter nach morgen, am Freitag zieht das Westende die nächste Front auf und leutert dann

ein deutlich kühleres, unbeständiges Wochenende ein. ÖVP und Grüne haben zuletzt einige Unfreundlichkeiten

bei diesem Thema ausgetauscht. Jetzt hat man sich aber doch geeinigt. Im Ministerrat haben ÖVP und Grüne deutliche Verschärfungen im Strafrecht beschlossen, was Kindesmissbrauchsdelikte angeht. Man hat den Gesetzesentwurf nach viel Kritik überarbeitet und das Ganze soll noch heuer im Parlament beschlossen werden. Für Täter, die Darstellungen von Kindesmissbrauch besitzen oder sie gar herstellen, werden die Straftrohungen verdoppelt und teilweise sogar verdreifacht. Gleichzeitig sollen Jugendliche, die sich zum Beispiel einvernehmlich Nacktbilder schicken, von Bestrafungen ausgenommen sein. Jürgen Pettinger mit den Details.

Bisher ist der bloße Besitz von Kindesmissbrauchsdarstellungen von Minderjährigen zwischen 14 und 17 Jahren mit nur einem Jahr Haft bedroht. Bei unter 14-Jährigen mit zwei Jahren. In fast all diesen Fällen wurden zuletzt nur bedingte Strafen ausgesprochen. Die Straftrohungen sollen jetzt auf zwei bzw. drei Jahre erhöht werden. Justizministerin Alma Sardinic von den Grünen.

Also ich finde, die Strafen müssen das Unrecht der Tat widerspiegeln. Das heißt, wenn Personen eine

Vielzahl von Missbrauchsdarstellungen auf ihren Datenträgern gespeichert haben oder wenn sie diese

Missbrauchsdarstellungen selbst herstellen und wenn das insbesondere eine Vielzahl von sehr jungen Kindern betrifft, dann haben wir die Strafen verdoppelt, verdreifacht, damit diese Unrechtgehalt auch widerspiegelt wird. Bei einer, wie es heißt, Vielzahl an Missbrauchsdarstellungen

soll sich die Strafe demnach in Zukunft noch weiter erhöhen. Die Herstellung und Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen kann in Zukunft mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet werden.

Familienministerin

Susanne Raab ÖVP. Die Richterinnen und Richter brauchen die Werkzeuge in die Hand, um den höchst

möglichen Schutz und auch die höchst mögliche Strafe bei diesen schweren Delikten verhängen zu können. Da höhere Strafen alleine Täter nicht abhalten, sollen auch Präventionsmaßnahmen ergriffen werden, sagt die Justizministerin. Ein bestehendes Berufsverbot für verurteilte Straftäter in diesem Bereich soll zudem ausgeweitet werden, betont die Familienministerin. Es gilt bisher nur für jene Täter, die schon vor ihrer Verurteilung mit Kindern gearbeitet haben. In Zukunft sollen alle davon betroffen sein. Wir wollen nicht, dass ein verurterter Sexualstraftäter irgendwann in einer Kinderbetreuungseinrichtung oder in einem Verein, der sich mit Kindern umgibt

und beschäftigt arbeiten kann. Die Verschärfungen sollen vor allem Erwachsene treffen. Jugendliche sollen, wie es heißt, auf dem Erlasswege vor Strafen geschützt werden. Wenn sie sich einvernehmlich

gegenseitig sexualisierte Bilderschicken, Stichwort Sexting, sollen sie nicht belangt werden. Das Gesetzespaket soll im Oktober dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden und nach heuer ab 1. Dezember in Kraft treten. Und ich bin jetzt mit Alois Birkelbauer,

verbundenes Strafrechtsprofessor an der Uni Linz. Guten Tag. Guten Tag. Herr Birkelbauer, sollen also strengere Strafen kommen für Täter, die Missbrauchsdarstellungen besitzen beziehungsweise herstellen? Ganz grundsätzlich gefragt, wie beurteilen Sie diese Strafverschärfungen?

Also man darf das ganze Paket nicht nur unter dem falschen Titel verstehen. Es geht, wie Sie richtig gesagt haben, nur um den Bereich von den Missbrauchsdarstellungen. Und hier sind nicht nur die Missbrauchsdarstellungen von Kindern bis 14 erfasst, sondern auch von Jugendlichen bis noch nicht 18 Jahre. Ob die Strafverschärfung hier etwas verändern wird, ist in der chronologischen Forschung sehr zweifelhaft. Es ist eher eine Symbolik, die dahinter steht. Und das hat letztlich auch die Preußdienstministerin gesagt, dass es hier darum geht, ein Zeichen zu setzen in der Wertigkeit und da gegenaufzutreten. Das ist eine Entscheidung der Politik, die es trifft. Und der rechtsdogmatischen und der kriminalpolitischen Gesichtspogne ist das durchaus ein sehr kritisch zu sehen der Weg, weil einfach sehr schnell einmal die Wertigkeit der Delikte unprämand aus den Fugen geraten kann. Ja, Sie haben es schon angesprochen. Die Justizministerin hat davon gesprochen, der Unrecht gehalten, muss sich widerspiegeln in den neuen Strafen. Ist das nachvollziehbar?

Naja, wenn man sich halt anschaut, es sind klassische, keine Hands-on-Delikte. Also keine Delikte, wo es einen direkten Missbrauch gibt. Und es ist aber bei den schweren Fällen die Strafe gleich hoch wie bei den direkten Hands-on-Delikten, wo ich keinen abbaue, dass ich wirklich schwer in ihrer sexuellen Selbstbestimmungsfreiheit verletzt habe. Man will indirekt mit der Markt reife und ob wirklich das indirekte Markt reife und gleich viel Unrecht sein soll wie in direkter Missbrauch. Das kann man schon infrage stellen. Das Ganze findet vor dem Hintergrund der

jüngsten Verurteilung des Schauspielers Florian Theichtmeister statt. Und da hat es viel Kritik daran gegeben, dass es für Theichtmeister nur eine bedingte Haftstrafe gegeben hat. Die Kritik

hat etwa FPÖ-Chef Herbert Kickel geäußert, der hat gesagt, viele in der Bevölkerung könnten das nicht nachvollziehen. Wie sehr ist diese Verschärfung jetzt eine Art Anlassgesetzgebung?

Es ist natürlich ein Anlass der Gesetzgebungen, weil auch der Ministerialentwurf letztlich schon in Gefolge dieses falls man an Theichtmeister Staat gefunden hat. Natürlich jetzt die Frage, ob sich auch die Strafe geändert hätte. Im vorliegenden Fall, wenn ich eine neue Rechtslage gegolten hätte, es wären höhere Strafe möglich gewesen vom Rahmen her. Aber die bedingte Strafnachs

richtet sich immer nach der ganz konkret verhängten Strafe. Und wenn die nicht über zwei Jahre hinaus

gegangen wäre, wäre genauso die bedingte Strafnachs nicht möglich gewesen. Also zwingend wäre damit nicht verbunden, dass das Urteil hertaus gefallen wäre. Das heißt, um es noch mal auf den Punkt zu bringen, auch mit dem neuen Gesetz wäre nicht notwendigerweise der Ausgang so gewesen, dass Florian Theichtmeister eine unbedingt die Haftstrafe bekommen hätte.

Ganz richtig, das wäre nicht notwendigerweise so gewesen.

Kommen wir noch zu einem anderen wichtigen Punkt. Wie verhältnismäßig sind denn die neuen Strafen vergleich zu anderen Delikten?

Naja, das ist natürlich immer so die große Frage, was ist mit der Wertigkeit der Rechtsgüter, die damit geschützt werden. Wenn man sich beispielsweise jetzt anschaut und anführungssächlich leichtester Fall der neuen Strafbestimmung, sieht als Straftrohung drei Jahre Maximum vor und als Mindeststraf für sechs Monate. Wenn man dazu im Vergleich sich die grobfallessige Dötung anschaut, also beispielsweise im Verkehrsunfall in schwer alkoholisierten Zustand mit einem Toten, dann kennt er auch diese drei Jahre Maximum. Aber der kennt keine sechs Monate Mindeststraf. Da kann man sich halt fragen, ist nicht eine grobfallessige Dötung genauso viel wert wie der Besitz eines einzigen Missbrauchs darstellen. Also das ist irgendwie immer die Frage der Abwägen, die man hier treffen muss.

Trafrechtsprofessor Adolf Birkelbauer ist am Telefon. Herr Birkelbauer, vieles im Vorfeld auch darüber diskutiert worden, wie man mit Jugendlichen umgehen soll, die sich gegenseitig Nacktfotos schicken. Jetzt sollen diese Fälle von der Strafverfolgung ausgenommen werden, allerdings offenbar mit einem Erlass. Wie gelungen ist das Gesetzespaket in diesem Bereich? Das mag pragmatisch durchaus funktionieren. Wenn man sich aber jetzt von der Rechtsdogmatik das

ganze anschaut, dann ist es ein bisschen so, das Thema wascht mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Ich erkläre etwas für Strafbar, auch ohne Ausnahme und dann weiß ich die Strafverfolgungsbehörden

immer lassewege an, aber bitte verfolgt das nicht. Also das gewinnt ein bisschen nach Augen mit Zwingern. Also da wäre eine andere Lösung, beispielsweise auch die Alters-Toleranz-Blause, die diskutiert wurde, aber natürlich auch unsere Urrechtsaspekten nicht in Betracht gezogen wurde, vielleicht ein anderer Weg gewesen. Vielleicht sollte man auch noch ein bisschen nachdenken.

Ganz wichtig bei dem Thema Kindesmissbrauch ist natürlich auch das Thema Prävention und Opferschutz. Das hat ja auch das Grüne Justizministerium mehrmals betont, dass dieser Bereich besonders wichtig ist und da soll es jetzt verpflichtende Kinderschutzkonzepte in den Schulen geben. Wie beurteilen Sie diese Pläne? Ist da genug, wird da genug investiert in den Opferschutz? Also wir wissen jedenfalls aus der Forschung, das war mit Strafen deutlich weniger,

bewirkt also mit offensiven Präventionsmaßnahmen und vor allem mit Beziehungsarbeit. Ich halte die Prävention für sehr wichtig. Ich finde es gut, auch dass es Konzepte gibt, um zu sensibilisieren. Aber mit Konzepten allein ist es nicht getan. Es braucht Ressourcen, um wirklich Beziehungsarbeit mit den Kindern und Jugendlichen machen zu können, um wirklich präventiv mit diesem Thema umgehen zu

können. Vor dem Hintergrund, dass die meisten Missbrauchsfälle in den Familien, in den eigenen Firmen stattfinden, oder? Genau, so ist es. Wir wissen jetzt aus der Statistik, dass ca. 80% oder noch mal in den eigenen Firmen stattfinden und nicht in Institutionen wie Schule, Kulturbetrieb oder

Sportbetrieb. Da muss man hier ansetzen auch bei den Konzepten. Strafrechtsprofessor Alois Birkelbauer

war das von der Uni Linz. Vielen Dank für diese Einschätzung zu dem neuen Strafrechtspaket im Bezug auf Missbrauchsdarstellungen, Besitz von Missbrauchsdarstellungen und Produktion von Missbrauchsdarstellungen. Vielen herzlichen Dank. Sehr gerne. Schönen Tag noch. In Großbritannien

wird der Konflikt um höhere Gehälter zwischen der Ärzteschaft und der Regierung immer schärfer ausgetragen. Zum ersten Mal in der Geschichte des öffentlichen Gesundheitsdienstes streikt heute das gesamte ärztliche Spitalspersonal gemeinsam, also Tunis- und Assistenzärzte ebenso wie Fachärztinnen.

Die Regierung in London lehnt die Lohnforderungen ab und will streikende Mediziner und Medizinerinnen

in Zukunft zum Dienst zwingen, berichtet aus London, Jörg Winter.

Liebe ist 13 Jahre alt und an einem Gesichtstumor erkrankt. Die linke Wange und der Hals sind wegen Wachs in der Geschwülste zunehmend entstellt. Zwei Mal schon hätte sie operiert werden sollen,

beide Male wurde die OP abgesagt. Zuerst wegen eines Streiks des Personals, dann letzte Woche, weil kein Bett frei war und ob sie morgen operiert werden kann, ist ebenfalls ungewiss.

Ich habe Verständnis für die Ärzte, aber für Patientinnen wie mich ist das ständige aufschiebende Behandlung, psychisch kaum mehr zu ertragen.

Ob Tunis, Assistenz oder Fachärzte und Ärztinnen zum ersten Mal in der Geschichte des NHS streckt

heute in England einen Tag lang die gesamte Ärzteschaft. Die Jungmediziner machen morgen alleine weiter. Wobei es in allen Krankenhäusern einen Notfalldienst gibt, auch auf den Ambulanzen, der im Wesentlichen der niedrigsten Feiertagsbesetzungen spricht. Routine-OPs und Behandlungen werden aber wieder fast flächendeckend abgesagt. 900.000 solcher Eingriffe mussten in England seit vergangenem Dezember, seit Beginn der Ärztestreichwelle gestrichen und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Die Wartelisten werden immer länger versprochen, hatte Premierminister Rishi Sunak genau das Gegenteil. Die Regierung arbeitet jetzt an neuen Regeln, um streikend künftig zum Dienst zwingen zu können, wenn es für die Aufrechterhaltung der medizinischen Grundversorgung notwendig erscheint.

Wir müssen die richtige Balance finden zwischen dem Recht auf Streik, aber auch der Notwendigkeit dringende medizinische Versorgungssicher zu stellen. Wir haben es aber mit einer Ärztegewerkschaft

zu tun, die politisch radikaler als anderswo in Europa ist, sagt Gesundheitsminister Steve

Baklei. Seit Monaten gibt es keine offiziellen Gespräche mehr zwischen der Ärzteschaft und der Regierung. Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate wurden zugesagt, weitere Verhandlungen ums Geld

von Regierungsseite aber kategorisch ausgeschlossen. Wir wollen, dass unsere Einkommen auf das Niveau von vor 15 Jahren zurückkehren. Seit damals haben wir fast ein Drittel lang Kaufkraft verloren, weil unsere Gehälter stets der Teuerung hinterhergehängt sind. Auch heuer wieder, sagt Tom Dolphin, Anesthetist an einem Londoner Krankenhaus und dort einer der Streikführer. Die Jungärzte und Ärztinnen fordern gleich eine Gehaltserhöhung von mehr als 30 Prozent, um die Einkommensverluste vergangener Jahre wegzumachen. Der heutige Streik ist nur die Aufwärmrunde. Anfang Oktober wollen Turnus, Assistenz und Fachärzte und Ärztinnen gleich mehrere Tage gemeinsam die Arbeit niederlegen. Just zum Parteitag der konservativen Manchester, die man mit Streik und Protesten ziemlich stören könnte. Jetzt schauen wir nach China. Da hat Parteichef Xi Jinping beim letzten Parteitag gleich eine Reihe hochrangiger Politiker ausgewechselt. Dabei hat er allerdings eine Ausnahme gemacht. Es geht um jenen Mann, der sozusagen als Schäfideologe

fungieren soll. Er soll das Weltmachtstreben Xi Jinping unterfüttern und sich die dazu passenden Parolen ausdenken, berichtet aus Peking, Josef Dollinger. Der chinesische Traum, das ist ein zentraler Begriff in Xi Jinpings Politik. Gemeint ist damit der Wunsch, dass China wieder reich und stark werden soll. Der chinesische Traum hinter dieser Parole soll sich das gesamte chinesische Volk versammeln und die Politik Xi Jinpings unterstützen. Mutmaßlicher Schöpfer dieses Begriffes ist Wang Huning, die Nummer 5 in der chinesischen Machthierarchie. Der Chefideologe Wang Huning

übersetzt Xi Jinpings Vorhaben in eine Sprache, die jeder im Volk versteht. Politisches Marketing ist aber nicht alles, was Wang Huning zu bieten hat. Er liefert Xi Jinping auch das ideologische Fundament für dessen Weltmachtstreben, zum Beispiel kulturelle Hegemonie nach dem Beispiel des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci. Xi Jinpings Fokus auf Kultur, auf kulturelle Einheitlichkeit und kulturelles Selbstbewusstsein der Chinesen, das trage eindeutig. Die Handschrift Wang Hunings, sagt der Historiker Timothy Cheek. Die Softpower nach westlichem Muster könne aber kein Vorbild sein für Wang Huning, erklärt der Synologe Matthew Johnson.

Der westliche Liberalismus zersetze die innere politische Einheit und zerstört die Grundlagen des sozialistischen Systems in China. Und weiter meint Matthew Johnson. Mao Zedong konnte China nach außen abregeln. Das geht heute nicht mehr. Wang Huning will die Globalisierung weiterführen ohne den schädlichen kulturellen Einfluss von außen. Für ihn gebe es nur dann wirkliche Sicherheit, wenn die Außenwelt geändert wird, damit keine störenden Dinge von außen mehr eindringen können. Das sei Wang Hunings Schlussfolgerung. Übersetzt in die bildhafte Parolensprache könnte das heißen. Mao Zedong hat das Fenster fest zugemacht, damit keine Fliegen reinkommen. Denkst ja, Bing hat die Fliegen in Kauf genommen und das Fenster wieder weit geöffnet. Die Frischluft war ihm wichtiger. Und Wang Huning will das Fenster zur Welt auch offen lassen, aber alle fliegen bereits draußen beseitigen, damit keine mehr reinkommt nach China. Wenn Xi Jinping diese Politik tatsächlich weltweit durchsetzen kann, dann muss sich die westliche Welt bald warm anziehen. Für den Westen wird der chinesische Traum dann vermutlich zu einem

Albtraum. Wir haben im Morgen schon all schon darüber berichtet, jetzt ist die Entscheidung offiziell den Verteidigungsministerin Claudia Tanner hat sie am Vormittag bekannt gegeben.

Das Bundesheer wird in den nächsten Jahren neue Transportflugzeuge kaufen. Man hat sich für den brasilianischen Hersteller Embraer entschieden. Die neuen Flugzeuge werden die Arten Herkoles-Transporter ersetzen und es wird mindestens eine halbe Milliarde Euro kosten. Peter Dase berichtet. Voraussichtlich vier Stück des Transportflugzeugs C390 will das Bundesheer kaufen.

Ausschlaggebend sei unter anderem die Ladekapazität gewesen, so sollen ein ganzer Schützenpanzer Pandur oder ein Black Hawk Hubschrauber in den Rumpf der Maschine passen. Verteidigungsministerin Claudia Tanner sagt, dass Prüfen verschiedener Optionen habe ergeben. Dass die Embraer C390 als einziger Flugzeug in der 20 Tonnen Klasse alle unsere Anforderungen auch erfüllt. Das Flugzeug kostet voraussichtlich 130 bis 150 Millionen Euro pro Stück. Ungarn und Portugal haben ebenfalls C390 gekauft. Das wollen derzeit auch die Niederlande tun und Österreich will mit ihnen zusammen mit dem brasilianischen Hersteller Embraer verhandeln. Das soll etwa Vorteile beim Preis bringen. Der Rüstungschef des Bundesheeres Harald Woduseck sagt, wir werden in diesem Jahr relativ weit vorankommen und wenn die kooperative Beschaffung stattfinden wird, so wie wir uns das vorgenommen haben, dann können wir davon ausgehen, dass wir in der ersten Jahreshälfte 2024 zu einem Vertragsabschluss gelangen werden.

Die derzeit drei vorhandenen Herkoles-Maschinen des Bundesheeres könnten zwar noch bis 2030 fliegen, allerdings gilt die Wartung der über 50 Jahre alten Flugzeuge als teuer. Wenn der Vertrag mit Embraer wie geplant in der ersten Jahreshälfte 2024 abgeschlossen wird, dann sollen die neuen Transportflugzeuge laut der Ministerin in den folgenden zwei bis drei Jahren, das wäre ab 2026, geliefert werden. Stationiert werden sollen sie dann in Oberösterreich. Die Stationierung wird in Linz Hörsching sein und die bereits dort bestehende Infrastruktur muss dann entsprechend angepasst werden. Das sind umfassende Anforderungen an einen sogenannten Luftumschlagpunkt und für den Betrieb eben des zukünftigen Lufttransportsystems der Embraer muss es dazu auch Anpassungen und Erweiterungen geben. Im Gegensatz zu amerikanischen Herkoles-Maschine, die seit Jahrzehnten in vielen Ländern geflogen wird, gibt es mit der neuen C390 wenig internationale Erfahrung. Gegen etwaige technische Kinderkrankheiten werde man sich vertraglich absichern, sagt die Ministerin. Noch eine weitere Entscheidung über Flugzeuge fürs Bundesheer steht demnächst bevor, der Ersatz für die inzwischen ausgemusterten Saababfangjäger und Trainingsflugzeuge. Bis Ende September sollen Angebote verschiedener Hersteller vorliegen. Sie werden dann laut dem Rüstungschef geprüft und noch heuer werden unterlagen als Entscheidungsgrundlage für die Regierung erstellt. Der Nationalrat kommt heute aus der Sommerpause zurück. Auf der Tagesordnung stehen Änderungen bei der Elternkarrenz und die schrittweise Abschaffung der geblockten Altersteilzeit. Der Vormittag war aber dominiert

von zwei aktuellen Stunden. Für die aktuelle Europastunde hat die SPÖ ihr derzeitiges Lieblingsthema gewählt, die hohe Inflation. Und dabei wird man auch einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Regierung einbringen. Aus dem Parlament berichtet Eva Haslinger. Es ist eigentlich eine aktuelle Europastunde, aber dennoch dominieren innenpolitische schon an den Wahlkampf erinnernde Töne. Etwa bei den Vorwürfen, die SPÖ-Abgeordneter Jörg Leichtfried an die Regierung richtet. Andere Länder hätten die Inflation erfolgreicher bekämpft zu Leichtfried in Richtung ÖVP und Grüne. Etwa in dem Mieten oder Energiepreise gedeckelt oder die Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel ausgesetzt wurden. Das lässt Bundeskanzler Karl Nehammer von der ÖVP nicht auf sich sitzen. Er widerspricht der Darstellung der SPÖ. Das Österreich wenig erfolgreich war im Kampf gegen Teuerung und Inflation, will auch Markus Kotzer von den Grünen nicht unwidersprochen lassen. Er beruft sich auf den Budgetdienst des Parlaments, wonach Österreich bei der Kaufkraft im internationalen Vergleich gut dastehe. Interessanterweise, von 2019 bis 2022 ist die Kaufkraft in den EU-Staaten, in den EU-27-Staaten, um 2,1 Prozent gestiegen. In Österreich ist erstaunlicherweise die Kaufkraft um 2,4 Prozent gestiegen, das heißt überall Urchnitt. FPÖ-Abgeordnete Petra Steger schießt sich sowohl auf die Regierung als auch auf die SPÖ ein. Ja sehr geehrter Bundeskanzler, aber auch Wert der SPÖ, ich muss Sie fragen, was die Menschen von dieser Politik noch halten sollen. Ich muss Sie deswegen fragen, weil ich ja Redebeiträge, vor allem die der SPÖ, heute dermaßen absurd waren, dass sie schon eher einen Fasching erinnert haben. Ursache für die hohe Inflation sind ihrer Meinung nach unter anderem die Politik der EZB, die Beteiligung am Zitat Wirtschaftskrieg gegen Russland und die Klimapolitik. Neos-Abgeordneter Gerald Lorca schießt scharf in Richtung SPÖ, die seiner Meinung nach nicht wirtschaften kann. Was denken sich eigentlich, Kollege Matsnetter, ihre Altforderen, wenn die zu Hause vor dem Fernseher sitzen? Wenn ein Altbundeskanzler Frau Nitzke, ein Altvizekanzler, Finanzminister Androsz, ein Altfinanzminister Ferdinand Lazziener zu Hause vor dem Fernseher sitzen und diesen ökonomischen Unfug hören, den die SPÖ vom Staat lässt. Besonderheit der aktuellen Europa-Stunde ist, dass sich auch österreichische Abgeordnete aus dem Europaparlament zu Wort melden können. Thematisch haben sie ähnliche Schwerpunkte gewählt. So wettet auch der freiheitliche Europa-Abgeordnete Georg Meyer gegen die Klimaschutzmaßnahmen im Green Deal. Was wird denn mit diesen völligen überzogenen Green Deal, den ich gerne Green Disaster nenne? Was wird denn die Auswirkung sein für ganz Europa? Was wird denn die Auswirkung sein, dass der Verbrennungsmotor verboten wird? Wird das zur Entlastung der Menschenbeitrag, meinen Sie? Ich glaube, genau das Gegenteil wird der Fall sein. Etwas, das die grüne Abgeordnete Monika Warner nicht unwidersprochen stehen lässt. Der Motor auf EU-Ebene für Klimaschutz, Energieunabhängigkeit und Arbeitsplätze ist zweifellos der Green Deal. Der Green Deal müsse so rasch wie möglich umgesetzt werden, so Warner.

Eva Haslinger hat aus dem Parlament berichtet und wir kommen jetzt noch einmal zurück zum Ministerrat. Da setzt die Regierung heute ein Zeichen gegen Antisemitismus und man will auch zeigen, dass man die eigene Verantwortung im Nationalsozialismus nicht vergisst. Den Ehrenzeichen

der Republik können künftig wieder aberkannt werden. Die finanzielle Förderung jüdischen Lebens in Österreich wird fast verdoppelt und Holocaust-Überlebende bekommen noch heuer je 5.000 Euro zuerkannt. Katja Atofer berichtet. Etwa 4.000 bis 5.000 Holocaust-Überlebende gibt es noch, sie erhalten noch heuer automatisch eine sogenannte Gestenzahlung von knapp über 5.000 Euro und für etwa 350 Holocaust-Opfer, die über wenig finanzielle Mittel verfügen, wird zusätzlich ein Hilfsfonds aufgestockt. Finanzminister Magnus Brunner von der ÖVP. Mit dieser Einmalzahlung bringt die Republik Österreich die besondere Verantwortung auch gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus zum Ausdruck. Jene Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Bedürftigkeit zusätzlich noch Unterstützung benötigen, haben darüber hinaus die Möglichkeit, Individualzahlungen beim Nationalfonds zu beantragen. Außerdem werden die Mittel für

das heimische Kulturerbe von 4 auf 7 Millionen Euro erhöht. Es geht darum, so Verfassungsministerin

Karoline Etstadler von der ÖVP und davor Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen. Rassismus, Antisemitismus, in allen Formen, couragiert und engagiert entgegenzutreten, ist auch ein Statement. Ich sage das in aller Klarheit. Es ist auch ein Statement, weil wir es nicht dulden und weil wir es zutiefst verurteilen, dass offensichtlich Tonlagen und antisemitische Äußerungen wieder salonfähig werden bis hinein in die Parlamente, auch bis hinein in unser Parlament. Ich freue mich sehr, dass wir heute Ministerrat eigentlich gleich drei Schritte setzen können und einmal mehr, um einmal mehr zu beweisen, dass Österreich tatsächlich Schrittmacher ist im

Kampf gegen Antisemitismus, Vorreiter auch, wenn es darum geht, jüdisches Leben zu fördern und ein pulsierendes, florierendes Zentrum auch in Österreich weiterhin hier sicherzustellen. Auf den Weg gebracht worden ist heute auch die Reform des Ehrenzeichengesetzes. Künftig sind auch Aberkennungen möglich. Wenn man gegen Grundwerte der Republik verstößt, das war bisher nicht möglich, das ist zukünftige der Fall. Wann soll das der Fall sein, wenn es um schwere Verbrechen geht,

wenn es um Menschen geht, die als Nazis agiert haben, die in dieser Zeit sich auch schuldig gemacht haben und selbstverständlich auch bei Sexualstraftätern. Oscar Deutsch, eben erstes Präsident der israelitischen Religionsgemeinschaft Österreich, wiedergewählt, begrüßt sämtliche Maßnahmen. Die finanzielle Hilfe für Shoah-Überlebende seien weiterer wichtiger Kilometer auf dem Weg der Aufrichtigkeit Österreichs im Umgang mit seiner

historischen Verantwortung. Österreich hat eine der höchsten Inflationsraten in der Eurozone dazu kommt, dass es mit dem Wirtschaftswachstum auch nicht besonders rosig aussieht. Zuletzt hat wie

vor Chef Gabriel Felbermeier eine Rezession in den kommenden Monaten nicht mehr ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht besonders überraschend, dass die Zahl der

Unternehmenspleiten steigt und auch die Privatkonkurse haben seit jener Zugenommen. Eine richtig gähnde Insolvenzwelle sei aber nicht in Sicht, sagt der Kreditschutzverband. Hören Sie mehr von Max Nikols. Insgesamt haben sich laut Kreditschutzverband von 1870 heuer bereits rund 3.900 Firmen für zahlungsunfähig erklärt. Das ist ein Plus von fast 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr, aber nur etwas mehr als im Vorkrisenjahr 2019. Drei Branchen sind laut dem Gläubiger Schutzverband nach wie vor die Insolvenztreiber des Landes. Das ist der Handel, die Gastronomie und

Beherbergungsbranche und die Bauwirtschaft. Letztere macht dem Kreditschutzverband 1870 besonders Sorgen. Hier gehen man davon aus, heißt es, dass die Zahl auch in den kommenden Jahren hoch bleiben wird. Bis Jahresende rechnet man mit insgesamt 5.300 Unternehmensinsolvenzen.

Deutlich zugenommen haben auch die Privatkonkurse und zwar um 6,5 Prozent in den ersten 9 Monaten des

heurigen Jahres. Insgesamt wurden heuer schon rund 6.600 Regulierungsverfahren eröffnet. Wobei die Entwicklung in den Bundesländern sehr unterschiedlich verläuft. Während in Vorarlberg das Plus

mit 41 Prozent in den ersten drei Quartalen am deutlichsten ausgefallen ist, hat es in der Steiermark einen Rückgang von 8,1 Prozent gegeben. Nach absoluten Zahlen liegt Wien mit über 2.100

Fällen und einem Plus von 5,2 Prozent weiterhin klar an der Spitze. Insgesamt rechnet der KSV 1870 heuer mit etwa 8.800 Privatkonkursen. Damit bleibt man zwar unter dem Jahr 2019, weil sich die finanzielle Situation der Menschen aber zuspitze. Sei es nur eine Frage der Zeit, bis diese Zahl weiter anschnelle, heißt es. Und das wollen wir jetzt noch vertiefen mit Karl-Heinz Götze, erstleiter des Bereichs Insolvenz beim KSV 1870. Willkommen im Mittagsschnei.

Schönen guten Tag. Herr Götze, beginnen wir mit den Unternehmenspleiten. Da waren ja einige bekannte Namen zuletzt dabei, vor allem im Handel. Welche Branchen waren denn in den letzten neun Monaten am stärksten betroffen? Also bei den Insolvenzen haben wir zumeist drei Branchen, die im Fokus stehen. Das ist der Handel, das ist der Bau und das ist die Gastronomie und Beherbergung.

Der Handel hat die meisten Insolvenzfälle. Also über die neuen Monate gehen wir davon aus, dass wir bei rund 700 über 700 Insolvenzen sind. Bei unserem Sorgenkind, wie es auch schon angesprochen wurde im Vorbericht, bei dem Bau sind wir bei knapp 680 Insolvenzen und bei der größten Steigung eigentlich dieser drei Branchen, die Gastronomie und Beherbergung, sind wir ungefähr

bei 500 Insolvenzen. Sie haben gesagt, die größte Steigerung war bei der Gastronomie. Wenn man sich

ansieht, wie die Preise in der Gastronomie in den letzten Monaten gestiegen sind, würde man als Leid davon ausgehen, die müssten eigentlich eh ganz gut verdienen. Was ist dort das Problem?

Da sieht man, dass die Privatpersonen jetzt mehr auf ihr Geldbörstel achten, weniger oft essen gehen und diese Investitionen bzw. diesen Konsum einfach nicht so oft haben. Und das ist aber nur das eine

Aspekt. Ich glaube, der andere Aspekt, den man durchaus auch sehen sollte, ist, dass die Gastronomie

sehr stark mit dem Personalmangel kämpft. Das hören wir sehr stark aus dieser Branche heraus,

dass im Zuge der Covid-Pandemie die Ausländischen Mitarbeiter nach Hause gegangen sind und nicht mehr gekommen sind und die Gastronomie hier zum Teil ohne diese Personal da ist. Das heißt, dass jemand an seinem Betrieb schlicht und angreifend nicht fortführen kann, weil er kein Personal findet. Also nur eingeschränkt fortführen kann und dann hat aber die restlichen Kosten, die er zu bedienen hat und dann fehlt der Umsatz. Das ist dann natürlich das große Problem. Auf der anderen Seite haben wir auch erst kürzlich eine Umfrage gemacht bei unseren Unternehmen und in dieser Umfrage hat ergeben, dass über 50 Prozent der Unternehmer gesagt haben, dass die Privatperson weniger ausgeben bzw. weniger investieren. Und das heißt, dass das Thema natürlich sehr stark bei den Privatpersonen angekommen ist und die Miete ist gestiegen, Strom, Gas und so weiter, dass deswegen die Privatpersonen hier einfach weniger ausgeben. Das prominenteste Beispiel einer Insolvenz war in den letzten Monaten natürlich Kika Leiner. Da kommen wir wieder zurück zum Bereich Handel. Da haben wir viel berichtet in den letzten Wochen und Monaten und gestern ist eine Meldung gekommen, dass die Signer Holding von Investor René Benko, also das ist der frühere Eigentümer von Kika Leiner, 20 Millionen Euro in den Insolvenztopf einzahlt und damit sollen alle Forderungen abgedeckt sein, zukünftige Forderungen. Kritik an dieser Forderung ist, an dieser Zahlung ist heute dann von Wolfgang Peh schon gekommen. Er ist der Finanzprokurator der Republik und er sagt, das ist singemäÙt zu wenig, 20 Millionen Euro, wenn man sich die riesige Pleite ansieht. Wie sehen Sie das vom KSV? Das ist ein schwieriges Thema, denn es wurde im Prinzip im Gläubiger Ausschuss beschlossen, diesem herausgearbeiteten Vergleich von Dr. Riel entweder zuzustimmen oder nicht zuzustimmen. Ein Gläubiger Ausschuss ist aber nicht für die Öffentlichkeit gedacht. Das heißt, alles, was dort gesprochen wird, darf nicht nach außen gehen. Das ist immer der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass die enzanen Mitglieder eines Gläubiger Ausschusses, das sind zwischen drei bis sieben Mitgliedern, je nach Größe des Insolvenzfalles, mehrheitlich entscheiden können über gewisse Dinge. Und deswegen werde ich jetzt nicht sagen, wie diese Entscheidung ausgegangen ist oder wer, wofür gestimmt hat oder wogegen gestimmt hat, aber die Mehrheit hat gesagt, dieser Vergleich ist gut, wir stimmen diesen Vergleich zu. Vielleicht noch eine Sache ergänzend, ein Gläubiger Ausschuss mitgeht, hat nicht die eigenen Interessen der Partei, die er vertritt, sondern er muss die Interessen der Masse der Gläubiger vertreten. Da sind wir schon bei der Gläubiger Seite ganz generell, wenn die Insolvenzen so steigen, wie sie derzeit steigen, fragt man sich natürlich auch immer, wie viele sehen die Gläubiger dann, wenn eine Insolvenz tatsächlich schlagend wird, wie viele bekommt man denn dann noch im Schnitt heraus, wenn man den einer der Betroffenen ist? Das ist natürlich sehr verschieden von Insolvenzfall zu Insolvenzfall, aber durchschnittlich gesehen können wir in Österreich sehr froh sein, weil wir Quoten haben, die international gesehen nicht erreicht werden. Es gibt eine Mindestquote von 20%, ohne Eigenverwaltung, wenn es eine Eigenverwaltung gibt, sind es 30% und über den Durchschnitt gerechnet sind wir bei über 25% bis 30% je nachdem, was zurückkommt an die Gläubiger. Ich vergleiche gerne mit Deutschland, in Deutschland sind wir im einstelligen Bereich, da sind wir bei 7-8%. Das ist die österreichischen

Gläubiger können ganz zufrieden sein, auch wenn sie natürlich Geld verlieren vor dem Hintergrund einer Insolvenz. Ja, also das ist natürlich relativ. Ich wollte Sie noch ganz kurz fragen, und zwar Sie haben gesagt, im Moment sprechen Sie noch nicht von einer Pleitewelle, wir haben ein Plus bei den Unternehmensinsolvenzen von 10% in den ersten 9 Monaten, das habe ich ja erst nur zur Erinnerung. Ab wann würden Sie denn von einer Pleitewelle sprechen, beziehungsweise was ist

denn der Ausblick für die nächsten Monate? Ich habe schon angesprochen, wie vor Chef spricht von einer möglichen Rezession in den nächsten Monaten, die Inflation ist hoch, die Treuerung betrifft viele. Wie geht es da weiter? Man muss immer beachten, aus welchem Niveau man kommt. Also 10% verglichen zum letzten Jahr klingt auf den ersten Blick sehr viel, wenn man allerdings vergleicht zu Vorcorona-Zeiten, sind es plus 2,6%. Also 2019 war aber jetzt kein Jahr, wo wir sehr viele Insolvenzen gesehen haben. Und insofern, wenn man das vergleicht, dann kann man eben nicht davon

sprechen, dass wir hier eine dynamische Insolvenzwelle erwarten, was wir jedenfalls schon erwarten,

ist, dass die Insolvenzen weiter steigen werden. Also verglichen zu 2019 als 5.000 Insolvenzen, wir rechnen damit, dass bis Ende des Jahres rund 5.000 Insolvenzen sein werden und gehen davon aus, dass es noch etwas steigen wird nächstes Jahr. Aber wir werden vermutlich, und das ist natürlich schwierig voraus zu sagen, aber wir werden keine 6.000 Insolvenzen sehen. Das heißt, die Insolvenzen werden steigen, aber es ist weiterhin jetzt nicht eine wahnsinnig dramatische Situation, wenn ich Ihnen richtig zugehört habe. Karl-Heinz Götze war das vom KSV 1870. Vielen Dank für diese Informationen. Vielen Dank für die Einladung. Gestern Nachmittag ist in der kleinen Region Bergkarabach im Kaukasus erneut ein Krieg ausgebrochen. Azerbaijan hat mehrere Städte in der ethnisch-grosteils-armenischen Region angegriffen und viel deutet darauf hin, dass Azerbaijan mit dieser Militäroperation die de facto Unabhängigkeit Karabachs beenden will. Vor kurzem haben uns allerdings Meldungen erreicht, dass die Karabacher Menya ihre Waffen tatsächlich abgeben wollen und dass eine Feuerpause gelten soll. Hören Sie mehr von Christian Leninger.

Das ist ein großer Krieg, hat am Vormittag noch Ruben Wadhan Yang gesagt, der Ex-Regieringschef, der international nicht anerkannten kleinen, mehrheitlich armenischen Region Bergkarabach. Nach dem Azerbaijan gestern Angriffe mit Artillerietronen und Bodentruppen auf mehrere Städte in Karabach gestattet hat, sollten die in der letzten Stunde bekannt gewordenen Informationen zutreffen, könnte dieser große Krieg aber auch schon wieder vorbei sein, mit einem klaren Sieg Azerbaijans und, so sieht es zumindest jetzt aus, dem Ende der de facto Unabhängigkeit Bergkarabachs,

eine Unabhängigkeit, die sich die kleine Region mithilfe des Nachbarlandes Armeniens in einem äußerst

blutigen Krieg in den Jahren des Endes, das so viertende Unerkämpft hatte. Nun soll aber am späten Vormittag die Führung Bergkarabachs angesichts der militärischen Übermacht der Azerbaijanischen Angreifer zugestimmt haben, ihre Waffen abzugeben. Eine Feuerpause soll bereits in Kraft sein. Und Azerbaijan steht wohl kurz vor dem, worauf es jahrelang hingearbeitet hat, der vollständigen Eingliederung des Jahr auf aspadjanischem Gebiet gelegenen Bergkarabachs in das aspadjanische Staatsgefüge. In Baku, der Hauptstadt Aspadjans, hatten gestern schon viele Menschen ihre Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Militäroperation so enden wird. Ich wünsche

mir

natürlich, dass die Gerechtigkeit sieht, dass Asapadjan gewinnt und seine Flagge in Bergkarabach hießen kann. Das hätte eigentlich schon längst passieren müssen, fügt ein anderer Mann hinzu. Ganz anders gestern Abend dagegen, die Stimmung in Jerevan, der Hauptstadt Améniens, der Schutzmacht,

der aménisch-demägen Bevölkerung von Bergkarabach. Tausende sind auf der Straße, es kommt zu Gewaltszähnen, die Polizei greift ein, als die Wut der Menschen überkocht. Es ist eine Wut gegen die aménische Regierung, die militärisch zu schwach ist, um den Landsleuten in Bergkarabach zu Hilfe zu kommen. Auch eine Wut gegen Russland, das stets die Schutzmacht Améniens war, nun aber

durch den Ukrainekrieg mit anderen beschäftigt ist und seinen Einfluss in der Region einbüßt. Und eine Wut auch auf das westliche Ausland, das den gestrigen Angriff Asapadjans zwar verurteilt, aber nichts tut, um ihn zu stoppen. Völkermord und ethnische Säuberungen wirft eine Aménerin Asapadjan vor. Klar ist, Asapadjan hat die Kunst der Stunde genützt. Es hatte die Unterstützung der Türkei für den Angriff, wie gestern der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan klargemacht hat und die meisten anderen Länder sind abgelenkt durch den Ukrainekrieg, vor allem eben auch Russland,

das zwar eine Friedensgruppe von 2000 Mann und Bergkarabach stationiert hat, die griff gestern aber nicht ein, heute wurde Russland dann nach eigenen Angaben als Vermittletätig und hatte jetzt in Kraft gedreht eine Waffenruhe ausgehandelt. Es ist aber eine Vermittletätigkeit, die Aménien,

wohl eher als Verrat ansieht, betreutet sie doch das Aus für den Traum einer Unabhängigkeit Bergkarabachs.

Ein weiterer kriegerischer Konflikt in Europa, also eigentlich sollten Konflikte am besten diplomatisch durch Verhandlungen gelöst werden, ein Weg, der auch nach dem russischen Angriff auf

die Ukraine immer wieder ins Spiel gebracht wird. Warum funktioniert das so schlecht? Was kann Diplomatie erreichen und wo sind ihre Grenzen? Das diskutieren heute am Abend der Direktor der Diplomatischen Akademie Emil Bricks, die Friedensforscherin Stephanie Fenckhardt und der Militärexperte Gustav Kressel in der Journal Panorama Mittwochsrunde bei Markus Müller, ab 18.25 gleich nach dem Abendjournal. Aktuell gibt es in Österreich wieder

zahlreiche Meldungen aus den Spitälern, dass Betten gesperrt sind, weil das Pflegepersonal fehlt. Schaut man auf die nackten Zahlen, dann ist das eigentlich unverständlich, denn Österreich hat im Vergleich zu anderen europäischen Ländern genügend Pflegepersonen, allerdings werden diese häufig falsch eingesetzt. Diese Kritik kommt heute jedenfalls vom Pflegeverband und von Gesundheitsökonom Beate Tomasowicz berichtet. Es gebe genügend Köpfe,

doch wenn man sich das gesamte System anschaut, dann nützt noch die ausreichenden Pflegekräfte auf dem Papier nichts. Denn laut Gesundheitsökonom Ernest Biegelbauer hat Österreich gleichzeitig auch die höchste Zahl am Pflegebedürftigen, die höchste Rate an Arztkontakten und die höchste Aufnahme rate in den Spitälern. Etwa 20 Prozent aller Patientinnen und Patienten im Spital müssten aber gar nicht dort behandelt werden. Es fehle die Gesundheitsversorgung außerhalb des Krankenhauses, sagt Elisabeth Potzmann, Präsidentin des österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverband. Wenn wir in der Langzeitpflege ein Problem haben und dort

die Betten mehr voll sind, weil es noch Betten gibt, aber wir können nicht mehr aufsperrern, weil es kein Personal gibt, dann bleiben Menschen, die im Pflegebed brauchen, immer gut Bereich liegen. Dann können wir Menschen in den Akutbereich nicht aufnehmen, die bleiben dann zu

Hause und müssen dort im häuslichen Setting versorgt werden und können beten, dass sie ein häusliches Setting haben. Die Menschen kommen zunächst wegen Kleinigkeiten ins Spital, sondern sie werden dann im Krankenhaus richtig krank. Also das ist ein Phänomen, das noch hinzukommt und

dass die Entlassung danach erschwert. Will man also Krankenhäuser entlasten und auch das dortige Personal, dann müssen die Systeme außerhalb der Krankenhäuser verbessert werden. Das muss nicht ein AKH sein, das reichen Nurse-led-Clinics, das können pflegegeführte Häuser sein, das können

extra-morale Organisationen von Freiberuflich pflegenden sein, nur wir müssen ein System schaffen, dass wir das zulassen gesetzlich erstens und dass wir es finanzieren. Potzmann fordert ein Recht auf Pflege. Die Bevölkerung sieht es gar nicht, dass selbstverständlich an, dass sie auch ein Recht hat, auf professionelle Pflege zurückgreifen zu können. Die Menschen meinen, das selbst machen zu müssen und Wursteln, Salopp gesagt, sehr lange alleine dahin. Die Patientinnen und Patienten werden uns dann sehr spät vorgestellt, wo wir wenig machen können, wo

sie schon sehr krank sind. Die Lage in den Krankenhäusern sehr unterdessen bis sorgnisierend. Die

Situation ist, wie wir sie empfinden, ist mit einem Wort beschrieben besorgnisierend. Also sie ist jetzt schon besorgnisierend, wir sehen das, die Zahlen zeigen das. Und es werde im Winter noch

schlimmer werden, denn auch Pflegepersonal wird krank und Ausfälle sind in den Krankenhäusern kaum zu ersetzen. Von einer nicht optimalen Optik spricht die Wiener SBO mit Blick auf ein Grundstücksgeschäft des sozialdemokratischen Bezirksvorstehers Ernst Nevriwe. Er hat einen Kleingarten gekauft, der dann zu Bauland umgewidmet wurde. Gekauft hat er das Grundstück zu einem

Zeitpunkt, als diese Umwidmung kurz bevorstand. Das geht nicht nur aus einem Protokoll des Kleingartenvereins hervor, das sagen auch andere Grundeigentümer dort. Der SBO Bezirksvorsteher weicht der Kernfrage aus, die politischen Mitbewerber fordern jetzt Aufklärung und dass der Bezirksvorsteher

sein Amt ruhen stellen soll. Stefan Kappacher berichtet. Im Jänner 2020 hat der Kleingartenverein die Umwidmung formell beantragt, sechs Monate später hat Ernst Nevriwe sich dort noch günstiger den Grund gekauft. Ein Jahr später war der dann doppelt so viel Wert. Ein Interview will der SBO Bezirksvorsteher von Donaustadt dazu nicht geben. In einer schriftlichen Antwort von heute Vormittag verweist Nevriwe erneut darauf, dass die Umwidmung schon seit vielen Jahren vom Verein betrieben worden sei. Um die Kernfrage drückte sich wieder herum, dass das formelle Wittmungsverfahren just zu der Zeit gestartet wurde, als er sich dort einkaufte. Dass seit damals das Gesprächsthema in der Siedlung gewesen, sagt Nicole Schenk, die dort ebenfalls ein Grundstück hat. Es kann mir kein Bezirksvorsteher erzählen, dass er von dem nichts gewusst hat. Natürlich hat er gewusst davon, was ich weiß, wenn er auch die Bezirksvorstehungen

in solche Prozesse involviert. Also das für mich stinkt das bis zum Himmel. Also es ist ganz klar, dass man, wenn man kurz vor einer Umwidmung ein Grundstück erwirbt und noch dazu in so einer Position ist, ist das für mich eigentlich eine ziemlich klare Sache.

Schenk, die 2021 für die ORF-Sendung am Schauplatz ein Interview gegeben hat. Es ging um die Legalisierung von Schwarzbauten in der Siedlung durch die Umwidmung. Erinnert sich an einen Anruf vom Kleingartenvereins Obmann, der ihr wütend vorgehalten habe, dass sie die vor dem Abschluss stehende Umwidmung gefährde. Hat Ernst Nevri bei dem Kauf also gewusst, dass es mit der Umwidmung ernst wird? Das ist der politisch entscheidende Punkt. Die verheerende Optik, wie nicht nur die politischen Mitbewerber es nennen, auch die SPÖ Landespartei-Sekretärin, sagt das. Die Beantwortung unserer Fragen durch Nevri, das offen, er sagt, lediglich, Zitat. Auf den Zeitplan für die öffentliche Auflage und somit dem tatsächlichen Widmungszeitpunkt habe ich keinen Einfluss genommen. Er weise alle diesbezüglichen Vorwürfe zurück, so der Bezirksvorsteher.

Auf die Frage, warum er beim Beschluss der Umwidmung in seinem Bezirk nicht offen gelegt habe, dass er dort selbst ein Grundstück besitzt, das durch die Umwidmung zwingend eine Wertsteigerung erfahren wird, schreibt Nevri, Zitat. Da ich selbst kein Mitglied der Bezirksvertretung bin, habe ich nicht mitgestimmt. Zumal festgehalten wird, dass dies unzulässig wäre. Nevri hat die Sitzung geleitet und den Beschluss unterzeichnet, dass er selbst davon finanziell profitieren wird,

legte er nicht offen. Das blieb bis zu den Recherchen der Wiener Zeitung unter der Decke.

Im vergangenen Jahr sind in Österreich etwas weniger Elektro-Altgeräte gesammelt worden als im Jahr davor. Das hat am Vormittag die zuständige Koordinierungsstelle bekannt gegeben. Ein leichtes

Plus hat es hingegen bei der Sammlung alter Geräte-Batterien gegeben. Das reicht aber noch nicht, um die EU-Ziele zu erreichen. Und das hat mehrere Gründe, berichtet Cornelia Krebs.

Grundsätzlich wird in Österreich viel gesammelt. 135.000 Tonnen Haushaltsgeräte sind im vergangenen

Jahr zusammengekommen. Das entspricht gut 15 Kilogramm pro Einwohner und Einwohnerin und liegt

deutlich über dem EU-Schnitt. Knapp 3000 Tonnen Geräte-Batterien wurden ebenfalls in den 2000 kommunalen Abfallssammelstellen abgegeben. Das ist ein Sammel-Plus von etwa 3 Prozent. Dass die Sammelquote für 2022 trotzdem nicht erreicht werden konnte, hat einen Grund, nämlich eine deutlich erhöhte Langlebigkeit von Batterien, erläutert Elisabeth Gieser, Geschäftsführerin der EAK. Da im Jahr 2022 fast 50 Prozent der inverkehrgesetzten Masse an Geräte-Batterien bereits Lithium-Batterien

sind, hier bekannterweise erfreulicherweise sehr lange halten, nämlich fünf bis sieben oder acht Jahre sogar durchschnittlich. Zudem sei ein Problem, dass die mehr als 18 Jahre alte Berechnungsmethode

in der EU-Verordnung unrealistisch sei und die Energiewende nicht mit berücksichtigen würde.

In den vergangenen vier Jahren habe sich die Anzahl der Photovoltaikanlagen nämlich Verneuenfacht, ein Zuwachs von 62.000 Tonnen. Denen gegenüber natürlich keine Sammelmasse steht,

weil die Dinge ja über 20 Jahre halten oder halten sollen. Das heißt, dieser Durchrechnungszeitraum von drei Jahren, der derzeit in der Berechnungsmethode vorgesehen ist, greift nicht mehr.

Weswegen auch von anderen Mitgliedstaaten an die EU-Kommission appelliert werde, eine realistische und angepasste Berechnungsmethode zu entwickeln, was aktuell auch in Vorbereitung sei so Gieser. Eine klar positive Entwicklung gäbe es hingegen bei Elektro-Klein- und Kleinstgeräten. Da würde der bereits seit Jahren gesetzte Informationsschwerpunkt offenbar greifen. Wir konnten die Sammelmenge um 13 Prozent erhöhen. Das freut mich sehr, dass die Bürgerinnen und Bürger jetzt weniger in den Restmüll werfen, sondern wirklich hier Zusammenstelle bringen. Bleibt noch die Wiederverwertbarkeit von Elektroaltgeräten. Was ist dafür sei die Bereitschaft der Bevölkerung ausgedehnte Elektrogeräte nicht als Abfall, sondern wertvolle Ressource zu sehen. Hinzu kommen die Einführung des Reparaturbonus. Ist was sehr Positives, dass die Geräte länger genutzt werden, dass sie repariert werden, dass hier mit EU-Geldern gestützt werden kann. Die Reparatur hat aber natürlich auf der anderen Seite auch eine nicht so gute Auswirkung auf die Sammelquote, weil ja die Sammelmenge dadurch nicht mehr wird, wenn die Geräte ja länger halten. Bei einer Überarbeitung der Berechnungsmethode müsse auch dieser Faktor berücksichtigt werden. Cornelia Krebs hat berichtet. Aus den überfluteten Gebieten in Libyen werden erste Kohlera-Fälle gemeldet, die solchen Gefahr steigt. Was alles ausbrechen kann, wenn das Wasser verunreinigt ist, da fahren sie heute in Punkt 1. Gästebecksaber Fortuber sind die Wasserhygienikerin Regina Sommer und der Wasserqualitätsprüfer Michael Schalli ab 13 Uhr, gleich nach dem Mittagsschonal. Wien war für die Schauspielerin Senta Berger der Ausgangspunkt für eine Weltkarriere. An der Seite von Kurt Jürgens gab sie die Bullschaft am Salzburger Domplatz und auch in Hollywood, konnte sie als einzige deutschsprachige Frau ihrer Generation Fuß fassen. Von der Arbeitswelt möchte sich die 82-Jährige zwar langsam zurückziehen, aber eben nur langsam. Ganz aktuell ist Senta Berger im Kinofilm Weißt du noch zu sehen. Der Film erzählt von 50 Jahren Ehe, Routine und wie man daraus ausbricht, Julia Baskera berichtet. Was bleibt von der Liebe, wenn die Erinnerung verblasst? Mit dieser Frage richtet sich aktuell die deutsche Kinoproduktion Weißt du noch an ihr Publikum. Senta Berger verkörpert darin an der Seite von Günter Maria Halmer, die immer noch lebenshungrige Marianne. Mit der nüchternen Alltagsroutine ihrer Ehe möchte sie sich nicht abfinden, zumal doch gerade die Pension so viel Zeit für Abenteuer bieten würde. Die Frau, die ich spiele, möchte die ihr verbleibenden Jahre noch füllen mit schönen Dingen, mit Reisen,

mit Aktivitäten und genau das findet ihr mal furchtbar. Also es geht auch um die verschiedene Haltung zu der Endlichkeit. So Senta Berger. Wie oft wollten wir endlich wieder verreisen? Können wir gern mal andenken. Es genügt nichts, es anzudenken. Man muss es auch machen. Was der von ihr dargestellten Figur trotz all der Wehmut gelingt, ist vor allem ein Humor voller Umgang mit dem Älterwerden, mit der eigenen Endlichkeit und mit den Souvenirs aus früheren Tagen, die sie aus einer Kiste kramt und entstauben möchte. Man braucht viel Humor und zum alt sein braucht man noch mehr Humor als man jemals gehabt hat. Als sein ist schon eine Zumutung. Also mir fällt es schwer. Ich weiß, das soll man nicht zugeben. Man soll sagen, ach es ist wunderbar und ich möchte nie mehr jung sein. Ich möchte jung sein. Ich möchte auf jeden Fall nochmal jung sein. Es muss jetzt nicht 18 sein, aber es war doch herrlich, das Leben war herrlich und jetzt wird es ein bisschen beschwerlich. Es gibt eine total neue Pille. Gegen die Beschwerlichkeit des Älterwerdens gibt es in dieser Geschichte ein Gegenmittel. Eine Wunderpille, die all die verblassten Erinnerungen wieder zum Vorschein bringt und die Marianne und ihr Mann Günther am Hochzeitstag gemeinsam einnehmen. Weißt du noch, wie wir das erste Mal nach Frankreich befahren sind? Es geht nicht nur um das Altsein, es geht eben auch darum, wie geht man miteinander um. Mit Respekt, mit Anstand, mit Toleranz auch und letztendlich mit Liebe. Denn auch in dem Film weißt du noch, spürt man, dass unter all diesen kleinen Kabelinen und Streitigkeiten und Sticheleien, dass da noch etwas glimmt. Da ist noch was. Da ist noch eine Liebe, die muss gefördert werden. Wir haben vergessen zu lachen, zu tanzen, zu lieben. Wir haben uns vergessen. Du bist eine wunderschöne Frau. Das ist zumindest noch einmal sehr. Das Paar erinnert sich an die zittrigen Knie vor ihrem ersten Kuss, an die Aufregung, die Euphorie eines Lebens, das gerade erst Fahrt aufgenommen hatte. Dieses Schwellen in der Vergangenheit erhält den Raum, durch den die beiden plötzlich tanzen, erhält die Gegenwart, die bleibt. Und gebraucht hätte es dafür vermutlich gar keine Pille, sondern einfach nur Zuwendung und ein Paar ausgegrabene Fotografien, über die man sich gemeinsam beugt, über die man lacht und einander fragt, weißt du noch? Und die Nachrichten auf Englisch hat jetzt Paul Brennan. Das ist der Wettbewerb der armenischen Fortschritte, die auf die Integration der Englischen in Aserbaycan sind erwartet, dass es tomorrow stattfindet. Der Karabakhsepport des Human Rights Ombudsman Gegem Steppanyan, sagt, Aserbaycan möchte ethnisch armenische Fortschritte cleansen. In Aserbaycan sind alle Wettbewerbe, die nicht nur militärische Fortschritte, sondern auch zivilische Fortschritte. Sie haben diese Fortschritte gebeten, eine Kontroterrorische Operation, aber diese Fortschritte sind dann ein dickes Spiel des Aserbaycan-Genocide-Fortschritte. Die Fortschritte für 32 Ukratische Allies sprechen heute in Unterstützung von Kyiv in ein legaler Fall gegen Russland. Der International Court of Justice in The Hague betrachtet, ob es eine Jurisdiktion hat, um die Fortschritte zu hören, die er betrachtet, dass Moskau wrongly invoked the 1948 genocide convention to justify launching its invasion of Ukraine

last year. Earlier, Ukraine's president Volodymyr Zelensky delivered an impassioned speech at the UN General Assembly in New York, warning that a nuclear armed Russia must be stopped from pushing the world to a final war.

We have to stop it. We must act united to defeat the aggressor and focus all our capabilities and energy on addressing these challenges. As New Yorks are restrained, likewise the aggressor must be restrained at all its tools and methods of war.

The former US President Bill Clinton is among the speakers marking the 20th anniversary of Bosnia-Schrebrinica Memorial Center. The institution commemorates the 8000 Bosnian-Muslim men and boys who were murdered by Bosnian-Serv forces in Schrebrinica in 1995.

It's believed he will water down some of his environmental pledges and intends, among other things, to delay a ban on the sale of new petrol and diesel cars and weaken plans to phase out gas boilers. Critics say the move will make it virtually impossible for Britain to hit its target of net zero emissions by 2050, and the UK Greensleader Caroline Lucas accuses Sunak of being short-sighted.

People are paying more than they need to in order to heat their homes right now because we are locked

into more and more fossil fuels. We know investment in the green economy is good for jobs, it's good for our environment and it's good for the economy.

Venezuelan activists say nearly 16,000 people have been arrested for political reasons, since President Nicolás Maduro came to power just over a decade ago. Maduro has responded by claiming that Venezuela does not have any political prisoners.

This afternoon's weather mainly sunny skies across Austria, windy in the east and top temperatures ranging from 20 to 28 degrees. And now for the news in German with Artur Trinaka. Zudem sind für Schulen und Vereine Kinderschutzkonzepte vorgesehen. Gleichzeitig sollen Jugendliche,

die sich zum Beispiel einvernehmlich Nacktbilder schicken, von Bestrafungen ausgenommen sein. Alois Birkelbauer, Strafrechtsexperte an der Uni Linz, sieht die Verschärfungen im Bereich MissbrauchsDarstellungen kritisch. Vor dem Hintergrund der Kauser Teichmeister spricht Birkelbauer im Ü1-Mittagsschonalinterview von Anlassgesetzgebung, ob die Strafverschärfung unter rechtsdogmatischen und kriminalpolitischen Gesichtspunkten etwas bringen wird, sei zweifelhaft.

Vielmehr handelt es sich um eine symbolische Entscheidung der Politik, meint Birkelbauer. Ihmfalls beschlossen hat der Ministerrat eine einmalige Gestenzahlung von 5000 Euro für Überlebende des Holocaust. Betroffene sollen das Geld noch heuer erhalten. Weitere Zahlungen können Menschen mit Bedürftigkeit beantragen. Der dafür vorgesehene Hilfsfonds für 2024 ist auf 3 Mio. Euro erhöht worden. Derzeit werden bis zu 350 im Ausland lebende Menschen aus diesem Hilfsfonds bedacht. Das Bundesheer kauft voraussichtlich vier Embraer Flugzeuge aus Brasilien. Der Stückpreis bis zu 150 Mio. Euro. Die Flugzeuge vom Typ C390 sollen die in die Jahre gekommenen Herkules-Transportmaschinen ersetzen. Die Beschaffung läuft in Kooperation mit den Niederlanden. Der

Vertrag soll nächstes Jahr stehen, sagt Verteidigungsministerin Tanna von der ÖVP. In der Konfliktregion Bergkarabach im Kaukasus ist offenbar eine Feuerpause vereinbart worden. Medienberichten

zufolge haben die Armenier der Forderung Azerbaijan zugestimmt, die Kämpfe zu beenden und die

Waffen abzugeben. Zuvor waren durch Angriffe von Azerbaijan 27 Menschen getötet und Hunderte verletzt worden. Azerbaijan hatte gestern erklärt, es habe eine Anti-Terror-Operation gestartet.

Bergkarabach
wird mehrheitlich von Armeniern bewohnt. In Großbritannien wird der Konflikt um höhere Gehälter zwischen der Ärzteschaft und der Regierung immer schärfer ausgetragen. Zum ersten Mal in der
Geschichte des öffentlichen Gesundheitsdienstes streikt heute das gesamte ärztliche Spitalspersonal gemeinsam, also Turnus- und Assistenzärzte ebenso wie Fachärztinnen. Die Regierung lehnt ihre Lohnforderungen ab und will streikende Medizinerinnen und Mediziner künftig zum Dienst zwingen. Vielen Dank Artur Reinhacher. Jetzt haben wir noch die Wetteraussichten für Sie mit Daniel
Schlager. Zwei Drittel vom September sind vorbei und bisher ist das Wetter eindeutig auf Spätsommerskurs.
Im Kärnten Affärlach war sogar jeder einzelne Tag per Definition ein Sommertag mit mehr als 25 Grad
und mit viel Sonne kommt heute an einigen Orten ein weiterer Sommertag dazu. Von Süden her machen
sich aber schon ein paar Wolken bemerkbar und hier kann es dann in der kommenden Nacht auch ein wenig
regnen. Vom Brenner über Osttirol und Kärnten bis in die südliche Steiermark dann auch morgen einige Wolken und zeitweise ein wenig Regen, meist überwiegt aber nach Auflösung von Nebel und Hochnebel der Sonnenschein. Außerdem bläst vielorts lebhafter, bestärker, vöniger Wind aus Südost bis
Süd. Dazu im Südwesten stellenweise nur um 20, mit Föhn an der Alpen-Nordzeit über bis zu 29 und in 2000 Meter Höhe 10 bis 16 Grad. Am Freitag dann von Westen her die nächste Front mit Regen
und einzelnen Gewittern, im Osten aber noch länger Sonne und sehr warm, die Höchstwerte von West nach
Ost 13 bis 29 Grad. Dahinter erwartet uns dann ein trübes zeitweise nasses und herbstlich frisches Wochenende, die neue Woche wird aber schon wieder spätsommelig. Das war das Mittagsschonal, Helene Selmann-Rechier, Dietmar Nürig-Technik und der Mikrofon Paul Schiefer. Weiter geht es jetzt mit Punkt
1 und am Wort ist Xava Fortuba.